



## Flüchtlingspolitik: 'Mare Nostrum' darf nicht beendet werden!

Flüchtlingspolitik: "Mare Nostrum" darf nicht beendet werden!<br /><br />Zum Start der FRONTEX-Operation "Triton" am 1. November und zur Ankündigung der italienischen Regierung, das Seenotrettungsprogramm "Mare Nostrum" einzustellen, erklärt Simone Peter, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:<br />"Der 1. November 2014 ist ein schwarzer Tag für die europäische Flüchtlingspolitik. Italien hat angekündigt, sein Programm "Mare Nostrum", dank dem innerhalb eines Jahres rund 150.000 Flüchtlingen aus dem Mittelmeer gerettet wurden, nicht parallel zum "Triton"-Einsatz weiterzuführen. Diese Mission unter Leitung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex verfügt aber nur über ein Drittel des Budgets von "Mare Nostrum", es werden wesentlich weniger Schiffe und Flugzeuge in einem erheblich kleineren Seegebiet eingesetzt. Zudem fehlt Frontex das Selbstverständnis für eine Seenotrettungsmission, für sie steht der EU-Grenzschutz im Fokus.<br />Damit schottet sich die EU noch stärker ab und zwingt Flüchtlinge auf immer gefährlichere Wege. Die Tragödie von Lampedusa vor einem Jahr und die vielen weiteren Katastrophen mit tödlichem Ausgang scheinen bereits jetzt in Vergessenheit zu geraten. In diesem Jahr sind - trotz "Mare Nostrum" - bereits über 3000 Menschen bei dem Versuch gestorben, das Mittelmeer zu überqueren. Tritt "Triton" an die Stelle von "Mare Nostrum" wird diese Zahl wohl weiter steigen.<br />Besonders die Bundesregierung hat sich dafür eingesetzt, das italienische Seenotrettungsprogramm nicht als gemeinsames EU-Programm fortzuführen und damit für sein Ende gesorgt. Es ist zynisch, dass Bundesinnenminister de Maizière "Mare Nostrum" als "Brücke nach Europa" bezeichnet und damit suggeriert, dass das der Grund für die wachsende Zahl von Flüchtlingen sei. Statt die Festung Europa zu verstärken, muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die EU-Seenotrettungsprogramme ausgeweitet statt eingeschränkt werden. Die Kosten der Flüchtlingshilfe müssen gerecht verteilt und den Menschen, die bei uns Hilfe suchen, eine Perspektive gegeben werden. Außerdem sollte die Möglichkeit humanitärer Visa geprüft werden, um sichere und legale Wege nach Europa zu ermöglichen."<br /><br />Bündnis 90/Die Grünen<br />Platz vor dem Neuen Tor 1<br />11015 Berlin<br />Telefon: 030/28442130<br />Telefax: 030/28442234<br />Mail: presse@gruene.de<br />URL: <http://www.gruene-partei.de> <br />

### Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de  
presse@gruene.de

### Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

gruene-partei.de  
presse@gruene.de

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.